

INHALT

19. Die Tiroler Gemeindeordnung 2001 – ein Überblick für neue Gemeinderäte

20. Prüfungsausschuss

21. Gemeindeverbände – aktuelle Rechtsfragen

22. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2010

Verbraucherpreisindex für April 2010 (vorläufiges Ergebnis)

19.

Die Tiroler Gemeindeordnung 2001 – ein Überblick für neue Gemeinderäte

DIE GEMEINDEVERBÄNDE

Die Gemeinden einschließlich der Landeshauptstadt Innsbruck können zur **Besorgung einzelner Aufgaben** einen Gemeindeverband bilden.

Solche **Aufgaben** können Aufgaben der **Hoheitsverwaltung oder der Privatwirtschaftsverwaltung** sein. Aufgaben der Hoheitsverwaltung werden in Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden, Aufgaben der Privatwirtschaftsverwaltung in Alten- und Pflegeheim-, Abwasser- und Abfallwirtschaftsverbänden wahrgenommen.

Es kann sich um Aufgaben des **eigenen Wirkungsbereiches oder des übertragenen Wirkungsbereiches** der Gemeinde handeln. Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde werden in Alten- und Pflegeheim-, Abwasser- und Abfallwirtschaftsverbänden, Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde in Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden wahrgenommen.

Die Gemeindeverbände sind **Körperschaften öffentlichen Rechts**.

Als solche sind sie eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die, soweit es zur Besorgung ihrer Aufgaben erforderlich ist, Trägerin von privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Rechten und Pflichten sein kann. Ein Gemeindeverband kann beispielsweise eine Liegenschaft erwerben, ein Gebäude mieten, Dienstleistungen in Auftrag geben oder ein Darlehen aufnehmen bzw. eine Baubewilligung erhalten. Insofern kann er mit einer Gemeinde verglichen werden.

Ein Gemeindeverband ist jedoch keine Gebietskörperschaft.

BILDUNG VON GEMEINDEVERBÄNDE

Gemeindeverbände können entweder durch Gesetz bzw. durch Verordnung im Grunde eines Gesetzes oder durch Vereinbarungen gebildet werden.

Gemeindeverbände können **durch Gesetz gebildet** werden. Beispiele dafür sind die Bezirkskrankenhaus-Gemeindeverbände, der Gemeindeverband für die Kranken- und Unfallfürsorge der Tiroler Gemeindebeamten, der Gemeindeverband für das Pensionsrecht der Tiroler Gemeindebeamten und der Gemeindeverband für Zuwendungen an ausgeschiedene Bürgermeister.

Gemeindeverbände können **durch eine Verordnung im Grunde eines Bundesgesetzes gebildet** werden. Beispiele dafür sind die Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände.

Gemeindeverbände können **durch Verordnung im Grunde eines Landesgesetzes gebildet** werden. Beispiele dafür sind die Planungsverbände und die Sanitätssprengel.

Während das **Organisationsstatut** der durch Gesetz gebildeten Gemeindeverbände in den maßgeblichen Landesgesetzen selbst geregelt ist, wurde das Organisationsstatut der durch Verordnung im Grunde von Bundes- bzw. Landesgesetzen gebildeten Gemeindeverbände in Verordnungen geregelt.

Die meisten Gemeindeverbände wurden und werden **durch Vereinbarungen gebildet**.

Gemeinden können zur Besorgung einzelner Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde durch Vereinbarung mit anderen Gemeinden einen Gemeindeverband bilden, wenn dies bei einem Gemeindeverband, der Aufgaben der Hoheitsverwaltung besorgen soll, die Funktion der beteiligten Gemeinden als Selbstverwaltungskörper nicht gefährdet bzw. bei einem Gemeindeverband, der Aufgaben der Gemeinden als Träger von Privatrechten besorgen soll, aus Gründen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit oder Zweckmäßigkeit im Interesse der beteiligten Gemeinden liegt.

Eine **Vereinbarung über die Bildung eines Gemeindeverbandes** hat die Namen der ihm angehörenden Gemeinden, den Namen und den Sitz des Gemeindeverbandes und die Bezeichnung seiner Aufgaben zu enthalten, bedarf übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden und bedarf schließlich der Genehmigung der Landesregierung durch Verordnung.

Jede **Änderung der Vereinbarung** (Beitritt oder Ausscheiden einer Gemeinde, Erweiterung der Aufgaben) bedarf ebenfalls übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden und der Genehmigung der Landesregierung durch Verordnung. Schließlich bedarf auch die **Auflösung** eines Gemeindeverbandes übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden und der Mitteilung an die Landesregierung.

Fehlt es an einem entsprechenden Einvernehmen, ist das Ausscheiden einer Gemeinde oder die Auflösung eines Gemeindeverbandes nur unter erschwerten Voraussetzungen möglich: Ausscheiden einer Gemeinde, wenn der Gemeinde die Zugehörigkeit zum Gemeindeverband wirtschaftlich nicht mehr zumutbar ist, der Gemeindeverband durch das Ausscheiden der Gemeinde in seinem Bestand nicht gefährdet wird und die Voraussetzungen der fehlenden Gefährdung der Funktion als Selbstverwaltungskörper bzw. das Vorliegen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit oder Zweckmäßigkeit im Interesse der beteiligten Gemeinden weiterhin vorliegt. Auflösung eines Gemeindeverbandes, wenn die Voraussetzungen für seine Bildung, nämlich Fehlen der Gefährdung der Funktion als Selbstverwaltungskörper bzw. Vorliegen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit oder Zweckmäßigkeit, im Interesse der beteiligten Gemeinden nicht mehr vorliegt. Die Hürden sind somit sehr hoch, die betroffenen Gemeinden vor entsprechenden Verordnungen zu hören.

Das **Organisationsstatut** im Wege von Vereinbarungen gebildeter Gemeindeverbände ist in einer Satzung

festzulegen. Die Satzung bedarf übereinstimmender Beschlüsse der Gemeinderäte aller beteiligten Gemeinden und der Genehmigung der Landesregierung durch Bescheid.

ORGANISATION DER GEMEINDEVERBÄNDE

In der **Satzung** sind insbesondere die Organe und ihre Aufgabenbereiche, die Wahl der Organe, die Festsetzung des Anteils der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden am Aufwand und an einem allfälligen Überschuss des Gemeindeverbandes und Regelungen über die Verwendung eines allfälligen Überschusses, Bestimmungen über die Haftung der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden untereinander und Bestimmungen für den Fall des nachträglichen Beitritts bzw. des Ausscheidens von Gemeinden und der Auflösung des Gemeindeverbandes aufzunehmen. Des weiteren können strengere Voraussetzungen für die Beschlussfassung bzw. Regelungen über die innere Organisation, namentlich über die Geschäftsführung und die Geschäftsstelle, aufgenommen werden.

Organe eines Gemeindeverbandes sind die Versammlungsversammlung und der Verbandsobmann. Für Gemeindeverbände mit mehr als sieben Gemeinden kann überdies ein Verbandsausschuss gebildet werden, für Gemeinden mit mehr als zwölf Gemeinden ist ein Verbandsausschuss zu bilden. Die Organe sind nach der Bildung des Gemeindeverbandes erstmals einzurichten und in der Folge jeweils nach den allgemeinen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen neu zusammenzusetzen.

VERBANDSVERSAMMLUNG

Die Versammlungsversammlung besteht jedenfalls aus den Bürgermeistern der dem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden. Vorbehaltlich abweichender Regelungen in der Satzung haben Gemeinden, deren Anteil am Aufwand des Gemeindeverbandes mehr als 20 v. H. beträgt, weitere Vertreter in die Versammlungsversammlung, höchstens jedoch einen für je weitere angefangene 10 v. H., zu entsenden. Die Amtsdauer eines solchen vom Gemeinderat entsendeten Mitgliedes beträgt sechs Jahre; mit dem früheren Ausscheiden aus dem Gemeinderat scheidet es auch aus der Versammlungsversammlung aus.

Vorbehaltlich abweichender Regelungen in der Satzung ist unter dem Anteil am Aufwand des Gemeindeverbandes der Aufwand für den Betrieb und Schuldendienst im Kalenderjahr vor der Einrichtung bzw. Neuzusammensetzung der Versammlungsversammlung zu verstehen.

Es ist durchaus möglich, den Verbandsobmann und seinen Stellvertreter nicht aus dem Kreis der Bürgermeister und vom Gemeinderat entsendeten Mitgliedern zu wählen. In einem solchen Fall gehören der Verbandsobmann und der Stellvertreter der Verbandsversammlung (und dem Verbandsausschuss) an, führen den Vorsitz in der Verbandsversammlung (und im Verbandsausschuss), haben in der Verbandsversammlung (und im Verbandsausschuss) aber lediglich beratende Stimme.

Im Fall der Verhinderung wird der Bürgermeister durch die gemeinderechtlich vorgesehenen Vertreter (Bürgermeister-Stellvertreter der Reihe nach, Mitglieder des Gemeindevorstandes nach Maßgabe des Lebensalters) vertreten. Für die weiteren Vertreter der Gemeinde hat der Gemeinderat je ein Ersatzmitglied zu bestellen.

Die Sitzungen der Verbandsversammlung werden durch den Verbandsobmann einberufen, Beschlüsse werden bei Anwesenheit des Verbandsobmanns (Stellvertreters) und insgesamt mehr als der Hälfte der Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist innerhalb von zwei Wochen eine weitere Sitzung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist.

VERBANDSAUSSCHUSS

Der Verbandsausschuss besteht aus dem Verbandsobmann, seinem Stellvertreter und so vielen weiteren Mitgliedern, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens drei beträgt. Die Mitglieder werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte auf sechs Jahre gewählt.

Die Sitzungen werden durch den Verbandsobmann einberufen und Beschlüsse bei Anwesenheit des Verbandsobmanns (Stellvertreters) und so vielen weiteren Mitgliedern, dass die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder mindestens drei beträgt, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst.

VERTRETER DER BEDIENSTETEN IN DER VERBANDSVERSAMMLUNG UND IM VERBANDSAUSSCHUSS

Der Verbandsversammlung und dem Verbandsausschuss gehört ein Vertreter der Bediensteten des Gemeindeverbandes, im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter, mit beratender Stimme an. Der Vertreter und sein Stellvertreter werden in Gemeindeverbänden, in denen eine Personalvertretung oder eine betriebliche Vertretung eingerichtet ist, von dieser entsendet, im

übrigen von einer Versammlung der Bediensteten gewählt.

VERBANDSOBMANN

Auch der Verbandsobmann und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung auf sechs Jahre gewählt. Im Fall seiner Verhinderung wird der Verbandsobmann durch seinen Stellvertreter, bei dessen Verhinderung, durch das jeweils älteste der übrigen Mitglieder des Verbandsausschusses, sofern ein solcher nicht besteht, der Verbandsversammlung vertreten.

ÜBERPRÜFUNGS-AUSSCHUSS

Die Verbandsversammlung hat die Zahl der Mitglieder des Überprüfungsausschusses – mindestens mit drei – festzusetzen. Sie müssen Mitglieder des Gemeinderates einer verbandsangehörigen Gemeinde sein. Sie werden in der Verbandsversammlung vorgeschlagen und von dieser auf sechs Jahre gewählt. Analog den Ausschlussgründen für den gemeinderätlichen Überprüfungsausschuss dürfen insbesondere der Verbandsobmann, sein Stellvertreter, sonstige zur Aus- und Einzahlung Bevollmächtigte und der Leiter der Geschäftsstelle dem Überprüfungsausschuss nicht angehören. Die einfache Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung ist kein Ausschlussgrund.

Der Überprüfungsausschuss hat die Gebarung des Gemeindeverbandes auf ihre Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Ferner hat der Überprüfungsausschuss vierteljährlich und jedenfalls bei jedem Wechsel in der Person des Verbandsobmanns und seines Stellvertreters Kassenprüfungen und jährlich die Vorprüfung der Jahresrechnung vorzunehmen.

GESCHÄFTSSTELLE

Zur administrativen Unterstützung der Organe des Gemeindeverbandes ist eine Geschäftsstelle einzurichten. Auch das Gemeindeamt einer dem Gemeindeverband angehörigen Gemeinde kann als Geschäftsstelle bestimmt werden.

AUFGABENKREIS UND BEFUGNISSE DER VERBANDSORGANE

Für die Organe der Gemeindeverbände gelten die Bestimmungen über die Gemeindeorgane sinngemäß mit der Maßgabe, dass dem Gemeinderat die Verbandsversammlung, dem Bürgermeister der Verbandsobmann, dem Gemeindevorstand der Verbandsausschuss, sofern ein solcher nicht besteht, die Verbandsversammlung (man denke an eine Berufungsentscheidung), dem

Überprüfungsausschuss der Gemeinde der Überprüfungsausschuss des Gemeindeverbandes und dem Gemeindeamt die Geschäftsstelle entspricht. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die bereits besprochenen Bestimmungen über die Gemeindeorgane hingewiesen.

HAFTUNG

Dritten gegenüber haften die einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden für ihre Verbindlichkeiten zur ungeteilten Hand. Angesichts der gesetzlichen Haftung erübrigen sich daher zusätzliche Haftungserklärungen der einem Gemeindeverband angehörenden Gemeinden.

DECKUNG DES AUFWANDES

Der durch Einnahmen nicht gedeckte Aufwand eines Gemeindeverbandes ist auf die ihm angehörenden Gemeinden entsprechend ihren in der Satzung festgelegten Anteilen jährlich aufzuteilen. Der Verbandsobmann hat den Gemeinden bis spätestens 30. Oktober die im folgenden Jahr zu entrichtenden Vorauszahlungen, so-

wie nach dem Vorliegen des Rechnungsabschlusses unverzüglich die für dieses Jahr zu leistenden Beiträge schriftlich mitzuteilen. Im Streitfall entscheidet die Landesregierung.

Das Vermögen eines aufgelösten Gemeindeverbandes ist zur Deckung seiner Verbindlichkeiten heranzuziehen. Das verbleibende Vermögen ist entsprechend ihrem Beitrag zur Bildung des Vermögens auf die beteiligten Gemeinden aufzuteilen. Im Streitfall entscheidet die Landesregierung.

AUFSICHT

ÜBER DIE GEMEINDEVERBÄNDE

Die Aufsicht über die Gemeindeverbände, soweit es sich um Gemeindeverbände zur Besorgung von Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde aus dem Bereich der Bundesvollziehung oder um Gemeindeverbände zur Besorgung von Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches der Gemeinde handelt, hinsichtlich der Einhaltung der organisationsrechtlichen Bestimmungen, obliegt der Landesregierung.

20.

Überprüfungsausschuss

GENERELLE BEMERKUNGEN ZUR KONTROLLE

Die Aufgaben, die die Gemeinden zu erfüllen haben, und damit die Budgetsummen, über die die Gemeinden verfügen, werden immer größer. Damit wird auch die Notwendigkeit einer entsprechenden Kontrolle immer größer. Es braucht eine regelmäßige Überprüfung, der nicht nur die Rechnungsabschlüsse, sondern die gesamte laufende Gebarung und Wirtschaftsführung zu unterziehen sind. Durch diese Kontrolle kann die dem einzelnen Funktionär zufallende Verantwortung allerdings nicht geschmälert werden.

In den Gemeinden und Gemeindeverbänden fällt die Aufgabe der internen Kontrolle dem Überprüfungsausschuss zu.

Die Tiroler Gemeindeordnung 2001 steckt in den §§ 109 bis 112 den Rahmen für die Tätigkeit des Überprüfungsausschusses ab. Dieser Aufgabe kommt aber aufgrund der Ausdehnung der Verwaltungsarbeit sowie durch die in vielen Bereichen zunehmende Automation immer größere Bedeutung zu. Die Anforderungen an die Mitglieder eines Überprüfungsausschusses und an

ihr fachliches Können nehmen daher ebenfalls entsprechend zu.

EINRICHTUNG DES ÜBERPRÜFUNGS AUSSCHUSSES (§ 109)

(1) Der Gemeinderat hat aus seiner Mitte einen Überprüfungsausschuss zu bestellen. Der Bürgermeister, der (die) Bürgermeister-Stellvertreter, sonstige zur Anordnung von Aus- und Einzahlungen Bevollmächtigte, der Amtsleiter, der Finanzverwalter und Kassenbedienstete dürfen dem Überprüfungsausschuss nicht angehören.

(2) Der Überprüfungsausschuss hat die Gebarung der Gemeinde einschließlich ihrer wirtschaftlichen Unternehmen auf ihre Gesetzmäßigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Dem Überprüfungsausschuss und seinen Mitgliedern, soweit diese einen Auftrag des Überprüfungsausschusses vorweisen, sind alle für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die entsprechenden Auskünfte zu erteilen. Mitglieder des Überprüfungsausschusses sind vom Gemeinderat abzurufen, wenn sie ihren Aufgaben nicht hinreichend nachkommen.

Beim Überprüfungsausschuss handelt es sich um einen zwingend einzurichtenden Ausschuss der Gemeinde, dessen Aufgabenbereich gesetzlich geregelt wird. Die Anzahl der Ausschussmitglieder wird durch den Gemeinderat festgelegt, als Kollegialorgan muss der Überprüfungsausschuss aus mindestens drei Mitgliedern bestehen. Der Gemeinderat kann auch ihm nicht angehörende Personen, die über besondere Sachkenntnisse verfügen, als Mitglieder mit beratender Stimme vorsehen.

Gemäß § 138 TGO 2001 hat bei Gemeindeverbänden die Verbandsversammlung den Überprüfungsausschuss zu wählen. Er besteht aus der in der Satzung festgesetzten Anzahl, mindestens aber aus drei Mitgliedern. Die Mitglieder des Überprüfungsausschusses müssen Mitglieder des Gemeinderates einer verbandsangehörigen Gemeinde sein. Ihre Amtsdauer beträgt sechs Jahre. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen.

Wegen der Bedeutung der Aufgaben des Überprüfungsausschusses ist eine vorzeitige Abberufung von untätigen oder nicht ausreichend qualifizierten Mitgliedern des Überprüfungsausschusses durch den Gemeinderat (die Verbandsversammlung) möglich.

Der Überprüfungsausschuss tritt nach Einberufung und unter dem Vorsitz und der Leitung des von ihm aus seiner Mitte zu wählenden Obmanns oder dessen Stellvertreters nach Bedarf zusammen. Die Tätigkeit des Überprüfungsausschusses als Kollegialorgan findet in Sitzungen statt. Es ist nicht vorgesehen, dass der Obmann, sein Stellvertreter oder einzelne Mitglieder von sich aus überprüfend tätig werden. In einer Sitzung des Überprüfungsausschusses können jedoch der Obmann, sein Stellvertreter oder einzelne Mitglieder mit der Überprüfung einzelner Sachgebiete beauftragt werden. Legitimiert durch einen solchen Beschluss des Überprüfungsausschusses können dann beispielsweise zwei Mitglieder die Kassen- und Belegprüfung vornehmen und zwei weitere Mitglieder ein bestimmtes Sachgebiet (Bauvorhaben, Kreditmanagement) überprüfen; im Anschluss daran wird ein gemeinsamer Bericht an den Gemeinderat erstellt.

ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Der Überprüfungsausschuss hat nach der TGO 2001 die Kassenführung sowie die laufende Gebarung der Gemeinde und ihrer wirtschaftlichen Unternehmen auf ihre Gesetzmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu überprüfen. Die Art der Überprüfung der Kassenführung wird im § 110 TGO 2001 eigens geregelt.

Zu diesen Aufgaben kommt noch die gemäß § 111 TGO 2001 vorgesehene Vorprüfung des Rechnungsabschlusses.

Es steht dem Überprüfungsausschuss grundsätzlich frei, auf welche Art er seine Kontrollen durchführt. Man kann unterscheiden zwischen:

- lückenloser und stichprobenweiser Prüfung,
- einmaliger und laufender Prüfung,
- formeller und materieller Prüfung oder einer,
- Prüfung im Vorhinein oder im Nachhinein.

Die lückenlose Prüfung besteht in der Erfassung aller Vorgänge des zu prüfenden Sachgebietes. Als augenfälligstes Beispiel mag die in der TGO vorgesehene Kassenprüfung oder die Prüfung der Rechnungsabschlüsse oder die Prüfung der Bilanzen der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinde nach ihrer ziffernmäßigen und rechnerischen Richtigkeit dienen. Die Kontrolle dieser Sachgebiete kann nur im Wege einer lückenlosen Prüfung erfolgen.

Die stichprobenartige Prüfung wird sich auf die Prüfung einzelner Bereiche beschränken, von denen die Prüfer annehmen, dass sie repräsentativ für das zu überprüfende Gebiet sind.

Zur einmaligen und zur laufenden Prüfung ist zu sagen, dass Kassenprüfungen nach § 110 TGO 2001 sowohl laufend als auch einmalig, nämlich bei einem Wechsel in der Person des Finanzverwalters, durchzuführen sind. Im Gesetz ist vorgeschrieben, dass mindestens in jedem dritten Monat Kassenprüfungen vorgenommen werden.

Die formelle Prüfung befasst sich in der Hauptsache mit rein äußerlichen Vergleichen, z. B. mit der Überprüfung der ziffernmäßigen Richtigkeit der Übertragungen aus Belegen in die Konten, der Überprüfung der rechnerischen Richtigkeit und der Kontrolle, ob die gesetzlichen Vorschriften eingehalten wurden. Unregelmäßigkeiten können meist nur im Zuge von Formalprüfungen aufgedeckt werden (Beispiel: voneinander abweichende Beträge auf dem Beleg und in der Buchhaltung, Fehler in der Durchlaufergebarung, Angabe von Überstunden während der Freizeit usw.).

Die materielle Prüfung befasst sich mit den kritischen Fragen nach Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit verschiedener Ausgaben.

Noch eine Bemerkung zur Kontrolle im Vorhinein oder im Nachhinein. Im Rahmen der Tätigkeit des Überprüfungsausschusses wird man meist von einer Kontrolle im Nachhinein sprechen müssen, wobei die Kontrolle bzw. deren Ergebnis an Aktualität verliert, je

weiter der überprüfte Bereich zurückliegt. Sinnvollerweise sollten Kontrollen einzelner Sachbereiche daher möglichst parallel zur Prüfung der laufenden Gebarung erfolgen.

Ein Gebiet, dem besonderes Augenmerk zu schenken ist, ist das Bauwesen der Gemeinde. Dabei handelt es sich um Prüfungen der Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Bauvorhaben. Neben der Prüfung der Art der Vergabe sollte der Überprüfungsausschuss Vergleiche der Angebote, des Leistungsverzeichnisses und der Rechnungen anstellen. Weiters sollte darauf geachtet werden, ob die Kosten- und Finanzierungspläne entsprechen und immer wieder aktualisiert werden.

Auch die Darlehensstände sollten laufend überprüft werden, insbesondere ob die Konditionen zeitgemäß sind oder durch Verhandlungen mit den Geldinstituten Verbesserungen erreicht werden können. Ebenso sollte die Durchlaufgebarung einer Kontrolle insbesondere hinsichtlich der bestehenden Salden unterzogen werden.

Ein sehr umfangreiches Gebiet ist jenes der Erhebung der Abgaben. Dieses erstreckt sich von der Überprüfung der Gebührenordnungen bis zur Ermittlung der Grundlagen (Bauakten, Erklärungen bei Selbstbemessungsabgaben) und zur Feststellung, ob die Abgaben richtig berechnet und vollständig sowie rechtzeitig vorgeschrieben werden. Dabei soll auch die Vorgangsweise beim Mahnwesen und die Entwicklung der Einnahmerückstände überprüft und eine Abstimmung der Salden laut OP-Liste und Haushaltskonten vorgenommen werden.

Ein weiterer Bereich, der der Überprüfung unterzogen werden sollte, ist das Personalwesen. Er reicht von der Kontrolle der Personalakten mit den Dienstverträgen und sonstigen Unterlagen zur Prüfung über Einstufung und Zuerkennung von Zulagen, das Vorhandensein von entsprechenden Gemeinderatsbeschlüssen, die Kontrolle von Reiserechnungen, Überstunden- und Urlaubsaufzeichnungen und schließlich die Abwicklung der Lohnverrechnung.

KASSENPRÜFUNG (§ 110)

(1) Mindestens in jedem dritten Monat und bei jedem Wechsel in der Person des Bürgermeisters, des (der) Bürgermeister-Stellvertreter(s) oder des Finanzverwalters sind Kassenprüfungen vorzunehmen. Diese haben sich auf die Hauptkasse mit den ihr angegliederten Geldverwaltungsstellen und Nebenkassen sowie auf die Sonderkassen der wirtschaftlichen Unternehmen und der Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit zu erstrecken.

(2) Die Kassenprüfungen dienen der Prüfung der Kassenbestände, Buchungen und Belege sowie der Prüfung der ordnungsgemäßen Führung. Mit der Buchungs- und Belegeprüfung ist auch eine Überprüfung der Einhaltung der Ansätze des Voranschlages zu verbinden.

Die Kassenprüfung umfasst drei Abschnitte:

- die Überprüfung der Kassenbestände,
- die Überprüfung der Belege und die Übereinstimmung zwischen Belegen und Buchungen,
- die Prüfung, ob die Kasse im Übrigen ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Die Kassenprüfungen sind so durchzuführen, dass jeweils der gesamte Zeitraum seit der vorherigen Kassenprüfung erfasst wird. Kassenprüfungen sollen unangesehen vorgenommen werden, d. h. dass die Kassenführung über die beabsichtigte Kassenprüfung vorher nicht verständigt werden sollte.

Der Modus für die Abwicklung der Kassenprüfung ist im § 19 GHV genau dargestellt. Es kann folgendes Verfahren empfohlen werden:

Zu beginnen ist mit der Kassenbestandsaufnahme. Sie hat festzustellen, ob die in der Kasse verwahrten Bargeldbestände und die bei den verschiedenen Banken laut Kontoauszügen bestehenden Guthaben mit den im Journal (Tagebuch) ausgewiesenen Beständen übereinstimmen.

Zuerst ist der Kassen-Ist-Bestand zu erfassen. Dazu ist der Finanzverwalter bzw. Kassier aufzufordern, die Kasse zu öffnen und das Bargeld vorzuzählen und durch Vorlage der Kontoauszüge die Bankguthaben nachzuweisen. Zeigt sich bei der Kassenbestandsaufnahme, dass Gemeindegelder noch außerhalb der Kasse aufbewahrt werden (Handkassen, Schreibtisch), so sind auch diese Bestände zu überprüfen. Außerdem sind sonstige Werte (Briefmarken, Parkwertkarten udgl.) zu erfassen.

Danach ist ein Vergleich mit dem Kassen-Soll-Bestand herzustellen. Um diesen feststellen zu können, ist vom Finanzverwalter bzw. Kassier die Vorlage sämtlicher Kassenbücher zu verlangen und im Tagebuch und im Steuervorbuch der Stand der letzten Buchung bzw. Eintragung zu kennzeichnen (durch Abstreichen oder Unterstreichen). So ist man bei der nächsten Prüfung besser in der Lage festzustellen, wo man zu beginnen hat.

Ergibt sich beim Vergleich des tatsächlichen Bestandes mit dem buchmäßigen Bestand keine Differenz, kann zur Belegprüfung geschritten werden. Zeigen sich jedoch Unstimmigkeiten, so ist deren Ursache aufzu-

klären. Dabei ist darauf zu achten, dass Differenzen zwischen Soll- und Ist-Bestand auch davon herrühren können, dass Einnahmen oder Ausgaben getätigt wurden, die noch nicht in der Buchhaltung erfasst sind. Vor Beginn der Kassenprüfung hat man sich daher nach dem Stand der Buchhaltung zu erkundigen und sind ungebuchte Belege ziffernmäßig zu erfassen. Lassen sich trotzdem Differenzen nicht aufklären, so sind Kassenüberschüsse bis zur Aufklärung als Verwahrgelder zu buchen, um unaufgeklärte Fehlbeträge vom Finanzverwalter bzw. Kassier ab sofort zu ersetzen oder, wenn er hierzu nicht in der Lage ist, als Vorschuss an den Finanzverwalter bzw. Kassier zu buchen. Das Ergebnis der Kassenprüfung ist in einem Kassenbestandsausweis aufzunehmen.

Die manchmal festgestellte Vorgangsweise, dem Finanzverwalter bzw. Kassier bei festgestellten Fehlbeträgen eine Frist zur Bereinigung zu erteilen, ist nicht gedeckt.

Im Anschluss an die Kassenbestandsaufnahme ist die Buchungs- und Belegprüfung vorzunehmen. Sie hat festzustellen, ob die einzelnen Buchungen in den Kassenbüchern ziffernmäßig richtig und vollständig sind, ob sie ordnungsgemäß belegt sind und ob die Endsummen mit den im Kassenbestandsausweis aufgenommenen Summen übereinstimmen. Dazu ist die Überprüfung der einzelnen Buchungen und der Kassenbelege sowie des Buchungsergebnisses notwendig.

Bei der Prüfung der einzelnen Buchungen ist darauf zu achten, ob die geleisteten Einzahlungen und Ausgaben rechtzeitig, in voller Höhe und an der richtigen Haushaltsstelle gebucht worden sind. Die Belegprüfung ist so vorzunehmen, dass für einen bestimmten Zeitraum, Mindestausmaß ein Monat, sämtliche Buchungen im Tagebuch anhand der Belege (Zahlungsanordnung, Einnahmeanordnungen, Rechnungen, Empfangsbestätigungen, Datenträger der Bank usw.) kontrolliert und mit den Aufzeichnungen im Sachbuch (Kontoblätter) verglichen werden.

Bei diesem Vergleich ist zu achten auf:

- Vollständigkeit der Annahme- und Ausgabeanordnungen. Diese dürfen nur vom Bürgermeister oder einem von ihm schriftlich dazu Ermächtigten unterfertigt sein. Keinesfalls ist der Finanzverwalter hierzu ermächtigt. Zahlungen an den Bürgermeister hat der Vizebürgermeister anzuweisen (§ 105 Abs. 1 TGO);
- ordnungsgemäße Fertigung der Einzahlungs- und Empfangsbestätigungen und darauf, ob solche Bestätigungen überhaupt für alle Buchungsfälle vorlie-

gen. Im bargeldlosen Verkehr sind die Gut- bzw. Lastschriftanzeigen der Banken zu überprüfen;

- Übereinstimmung der Buchungen im Tagebuch hinsichtlich Namen, Betrag, Einzahlungsgrund usw. mit den Zahlungsanordnungen oder sonstigen Belegen sowie der Buchungen im Sachbuch.

Besonders zu überprüfen ist die Vorschuss- und Verwahrgeldgebarung, ebenso Verrechnungen und Umbuchungen.

Zeigt sich im Zuge der Belegprüfung, dass einzelne Buchungen nicht belegt werden können, weil die Belege fehlen, so sind diese, wenn möglich, einzuholen. Gelingt dies nicht und zeigen sich in der Buchführung noch sonstige Mängel, dann wird sich die Prüfung ausdehnen und man wird auch jene Abschnitte lückenlos kontrollieren müssen, in denen die Unregelmäßigkeiten aufgetaucht sind.

Die Durchführung der Buchungs- und Belegprüfung ist in den Unterlagen (Journal) durch einen Prüfvermerk zu beurkunden.

Das Gesetz fordert weiters die Überprüfung nach Einhaltung der Ansätze des Voranschlages.

Ist die Buchungs- und Belegprüfung beendet, ist die sonstige Ordnungsmäßigkeit der Kassenführung zu überprüfen.

Unter sonstiger Ordnungsmäßigkeit ist zu verstehen, dass:

- die Einnahmen und Ausgaben zeitgerecht getätigt werden,
- die Einnahmerückstände kein untragbares Ausmaß annehmen,
- Ermessensausgaben (Subventionen u. ä.) durch Beschlüsse des Gemeinderates gedeckt sind,
- die Aufbuchung der Belege laufend erfolgt,
- Skonti und sonstige Zahlungserleichterungen geltend gemacht werden,
- der Bargeldbestand der Kasse so niedrig als möglich gehalten wird,
- Vorschüsse und Verwahrgelder rechtzeitig eingefordert bzw. abgeführt werden,
- die äußere Kassensicherheit gegeben und die Kasse ausreichend gegen Diebstahl versichert ist und letztlich,
- die bei der vorhergegangenen Kassenprüfung festgestellten Mängel behoben worden sind.

Nach dieser Kontrolle ist die Kassenprüfungsniederschrift abzufassen, die zu enthalten hat:

Beginn und Ende der Prüfung, die Namen der Prüfer und des Finanzverwalters sowie Umfang, Gang und Er-

gebnis der Prüfung. Vorgefundene Mängel sind ohne Rücksicht auf die Person des Finanzverwalters sachlich darzustellen. Diese Prüfungsberichte sind in vielen Fällen die Grundlage für notwendige Änderungen und im Fall von Ahndungen und Unregelmäßigkeiten dienen sie als Beweismaterial. Pauschalfeststellungen oder Pauschalverdächtigungen haben in einem Prüfungsbericht keinen Platz, denn alles, was als wesentlich zur Aufnahme in einen Prüfungsbericht erachtet wird, muss belegbar und beweisbar sind. Persönliche Meinungen eines Prüfungsorgans sind als solche zu kennzeichnen.

5. VORPRÜFUNG DES RECHNUNGSABSCHLUSSES (§ 111)

Der Bürgermeister hat den Entwurf des Rechnungsabschlusses vor der Auflage zur allgemeinen Einsichtnahme dem Überprüfungsausschuss zur Vorprüfung vorzulegen.

Die Vorprüfung des Rechnungsabschlusses dient der Kontrolle der Einhaltung des Voranschlages und der Aufklärung erheblicher Abweichungen, der Prüfung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit sowie der Gesetzmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Einnahmen und Ausgaben.

Bei der Überprüfung des Rechnungsabschlusses sind insbesondere zu prüfen:

Die fristgerechte Erstellung des Rechnungsabschlusses. Fristgerecht ist der Rechnungsabschluss dann erstellt, wenn der Gemeinderat nach vorheriger zweiwöchiger Auflagefrist darüber bis zum 31. März beschließen kann (§ 108 TGO 2001).

Die Übereinstimmung der im Rechnungsabschluss ausgewiesenen Einnahmen- und Ausgabenbeträge mit den Summen des Tagebuchs bzw. den Summen auf den einzelnen Sachbuchblättern und den Summen in den Hebelisten, sofern über verschiedene Einnahmen (Grundsteuer, Kommunalsteuer) solche Listen geführt werden.

Die Überprüfung der Rücklagenstände mit den Gut-

haben auf den entsprechenden Sparbüchern bzw. der Schuldenstände mit den Darlehensresten laut Kontoauszügen.

Einhaltung der Ansätze des Voranschlages, wobei zu kontrollieren ist, ob für alle getätigten Überschreitungen eine Bewilligung nach § 95 Abs. 4 TGO 2001 vorliegt.

Richtige und vollständige Ausfüllung der dem Rechnungsabschluss anzuschließenden Aufstellungen.

Sachliche und rechnerische Richtigkeit des Rechnungsabschlusses.

Gesetzmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Einnahmen und Ausgaben.

BERICHTE AN DEN GEMEINDERAT (§ 112)

Die Ergebnisse der Kassenprüfungen und der Vorprüfungen des Rechnungsabschlusses sind jeweils in einer Niederschrift festzuhalten. Dem Bürgermeister ist Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer angemessenen festzusetzenden Frist zur Niederschrift zu äußern. Die Niederschrift und die allfällige Stellungnahme des Bürgermeisters sind dem Gemeinderat vorzulegen, der erforderlichenfalls die zur Behebung der festgestellten Mängel notwendigen Anordnungen zu treffen hat.

HINWEIS AUF GESETZLICHE VORSCHRIFTEN

Ein Mitglied des Überprüfungsausschusses sollte auf dem Gebiet des Rechnungswesens so beschlagen sein, dass es insbesondere die Bestimmungen über die Gemeindegewirtschaft und über den Gemeindehaushalt im 4. und 5. Abschnitt der TGO 2001 sowie die wesentlichen Inhalte der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001 beherrscht. Weitere nützliche Behelfe für Mitglieder des Überprüfungsausschusses sind in verschiedenen Artikeln im Merkblatt für die Gemeinden Tirols und im Internet auf der Plattform für Gemeindeanwendungen enthalten.

21.

Gemeindeverbände - aktuelle Rechtsfragen Rechnungshof setzt sich mit Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden und Sanitätssprengeln auseinander

Der Rechnungshof hat in den letzten eineinhalb Jahren in Tirol vier Gemeindeverbände – drei Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände und einen Sanitätssprengel – geprüft. Die Prüfungsergebnisse liegen nunmehr vor. Da seine Prüfungsfeststellungen nicht nur auf die vier geprüften Gemeindeverbände zutreffen dürften, werden seine Schlussbemerkungen und Schlussempfehlungen in der Folge wiedergegeben.

Der Rechnungshof kommt zum Schluss, dass Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände nebeneinander zu führen sind. Die Verbände haben in konstituierenden Verbandsversammlungen (für den Standesamtsverband bzw. für den Staatsbürgerschaftsverband) je einen Obmann (Obmann-Stellvertreter), im Fall von mehr als zwölf verbandsangehörigen Gemeinden zudem je einen Verbandsausschuss, zu wählen, eigene, von der Sitzgemeinde getrennte Haushalte zu führen und die Umlage der bei der Sitzgemeinde anfallenden Kosten nach einer Evaluierung auf die Verbände zu verrechnen. Die ungedeckten Kosten der Verbände sind schließlich auf die verbandsangehörigen Gemeinden umzulegen. In den Schlussbemerkungen und Schlussempfehlungen seines Berichtes zu den Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden GZ 003.400/009-S5-625/09 führte er abschließend wörtlich aus:

1. Es wäre auf eine ordnungsgemäße Vertretung der verbandsangehörigen Gemeinden in den Verbandsversammlungen (für den Standesamtsverband als auch für den Staatsbürgerschaftsverband) hinzuwirken, formal getrennte Sitzungen (für den Standesamtsverband als auch für den Staatsbürgerschaftsverband) einzuberufen sowie ordnungsgemäß durchzuführen und zu dokumentieren. Erforderliche Beschlussfassungen wären zu veranlassen.

2. Für den Standesamtsverband als auch für den Staatsbürgerschaftsverband wären eigene, von der Sitzgemeinde getrennte Haushalte zu führen. Voranschläge und Rechnungsabschlüsse wären durch die jeweilige Verbandsversammlung (für den Standesamtsverband bzw. für den Staatsbürgerschaftsverband) zu beschließen.

3. Die Umlage der bei der Sitzgemeinde anfallenden Kosten auf die Verbände (Standesamtsverband bzw. Staatsbürgerschaftsverband) wäre zu evaluieren und nach dem dabei ermittelten tatsächlichen Aufwand bzw. nach den erbrachten Arbeitsleistungen zu verrechnen.

Der Rechnungshof hält daran fest, dass auch die Sanitätssprengel in einer konstituierenden Verbandsversammlung einen Obmann (Obmann-Stellvertreter), im Fall von mehr als zwölf verbandsangehörigen Gemeinden zudem einen Verbandsausschuss, zu wählen, eigene, von der Sitzgemeinde getrennte Haushalte zu führen und die Umlage der bei der Sitzgemeinde anfallenden Kosten nach einer Evaluierung auf die Verbände zu verrechnen haben. Die ungedeckten Kosten der Verbände sind schließlich auf die verbandsangehörigen Gemeinden umzulegen. In den Schlussbemerkungen und Schlussempfehlungen seines Berichtes zum Sanitätssprengel GZ 003.581/002-S2-2/10 führte er abschließend wörtlich aus:

1. Die den Verband betreffenden Angelegenheiten wären in regelmäßigen Verbandsversammlungen zu erörtern und ordnungsgemäß zu dokumentieren.

2. Der Verband sollte gemäß den gesetzlichen Vorgaben sowie im Interesse der Transparenz und Übersichtlichkeit der Haushaltsführung eigene Voranschläge und Rechnungsabschlüsse erstellen.

Die in Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbänden und in Sanitätssprengeln zusammengefassten Gemeinden werden gebeten, an Hand der wiedergegebenen Schlussbemerkungen und Schlussempfehlungen die Praxis im eigenen Gemeindeverband kritisch zu würdigen und notwendige Konsequenzen zu ziehen.

Die Landesregierung wird den an sie gerichteten Schlussbemerkungen und Schlussempfehlungen folgend die Satzungen für Standesamts- und Staatsbürgerschaftsverbände zu überarbeiten und neu zu erlassen haben. In der Folge wird die Umsetzung entsprechend zu überwachen sein.

Aufteilung der durch Einnahmen des Gemeindeverbandes nicht gedeckten Ausgaben nach Maßgabe der Einwohnerzahl

In vielen Gemeindeverbänden erfolgt die Aufteilung der durch Einnahmen des Gemeindeverbandes nicht gedeckten Ausgaben nach Maßgabe der Einwohnerzahl der verbandsangehörigen Gemeinden. Unter der Einwohnerzahl ist grundsätzlich die Volkszahl nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich aufgrund der letzten Volkszählung 2001 festgestellten Ergebnis zu

verstehen. Da Volkszählungen in Abständen von zehn Jahren stattfinden, wird die in Rede stehende Volkszahl vielfach als überholt und sachwidrig kritisiert. Die Kritik ist nunmehr von besonderem Gewicht, da § 9 Abs. 9 des Finanzausgleichsgesetzes 2008 eine sachgerechte Alternative eröffnet. Ab dem Jahr 2009 bestimmt sich danach die – für den Finanzausgleich maßgebliche – Volkszahl (Wohnbevölkerung) nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstandes festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundzumachen ist, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres.

Die neuerdings für den Finanzausgleich maßgebliche Volkszahl könnte auch als für die Aufteilung des Aufwandes von Gemeindeverbänden maßgeblich erklärt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die für die

Aufteilung des Aufwandes grundlegenden Satzungsbestimmungen entsprechend geändert werden. Eine solche Änderung bedarf bei Gemeindeverbänden aufgrund von Vereinbarungen der Beschlüsse aller Gemeinderäte der verbandsangehörigen Gemeinden, deren Kundmachung an den Amtstafeln der verbandsangehörigen Gemeinden und der bescheidmäßigen Genehmigung der Satzungsänderung durch die Landesregierung als zuständiger Aufsichtsbehörde.

Als neue Satzungsbestimmung wird vorgeschlagen:

„Die Volkszahl (Wohnbevölkerung) richtet sich nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstandes festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundzumachen ist, und wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres (§ 9 Abs. 9 des Finanzausgleichsgesetzes 2008).“

22.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juni 2010

Ertragsanteile an	Jänner-Juni		Differenz	Änderung
	2009	2010		
EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN	in Euro	in Euro	in Euro	in %
Veranlagter Einkommensteuer	6.977.953	8.604.831	1.626.878	23,31
Lohnsteuer	100.150.175	88.741.153	-11.409.022	-11,39
Kapitalertragsteuer I	4.946.988	3.770.815	-1.176.174	-23,78
Kapitalertragsteuer II (auf Zinsen)	4.010.442	3.316.408	-694.035	-17,31
Körperschaftsteuer	18.810.691	14.837.279	-3.973.411	-21,12
Erbschafts- und Schenkungssteuer	758.714	293.287	-465.427	-61,34
Stiftungseingangssteuer	60.375	45.100	-15.275	-25,30
Bodenwertabgabe	328.536	282.511	-46.025	-14,01
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	136.043.875	119.891.384	-16.152.491	-11,87
SONSTIGEN STEUERN				
Umsatzsteuer* und x)	98.890.031	101.702.190	2.812.160	2,84
Abgabe von alkoholischen Getränken	723	275	-448	-61,96
Tabaksteuer	5.394.210	6.722.651	1.328.442	24,63
Biersteuer	814.857	855.446	40.588	4,98
Mineralölsteuer	17.681.048	17.659.874	-21.174	-0,12
Alkoholst., Branntweinaufschl. und Monopolausgl.	643.168	675.217	32.048	4,98
Weinsteuer	0	0	0	0,00
Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer	6.710	6.252	-458	-6,82
Kapitalverkehrsteuern	594.993	538.241	-56.752	-9,54
Werbeabgabe	1.952.196	1.947.562	-4.635	-0,24
Energieabgabe	3.097.352	3.855.574	758.222	24,48
Normverbrauchsabgabe	1.667.543	1.870.093	202.550	12,15
Grunderwerbsteuer	33.565.601	36.424.206	2.858.605	8,52
Versicherungssteuer	5.027.863	5.126.248	98.386	1,96
Motorbezogene Versicherungssteuer	6.059.925	6.358.683	298.758	4,93
KFZ-Steuer	266.038	261.542	-4.496	-1,69
Konzessionsabgabe	1.033.773	1.199.522	165.749	16,03
Summe sonstige Steuern	176.696.031	185.203.575	8.507.545	4,81
Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u. Vermögenst. und sonstigen Steuern	312.739.905	305.094.959	-7.644.946	-2,44
Kunstförderungsbeitrag	75.816	77.192	1.376	1,82
Summe ohne Zwischenabrechnung	312.815.721	305.172.151	-7.643.570	-2,44
Zwischenabrechnung**	7.157.398	-10.247.283	-17.404.681	-243,17
G E S A M T	319.973.119	294.924.868	-25.048.251	-7,83

*davon Getränkesteuerausgleich	26.984.199	27.769.981	785.782	2,91
**davon Getränkesteuerausgleich	576.135	-347.379	-923.514	-160,29
Summe	27.560.334	27.422.602	-137.732	-0,50
x) davon Ausgleich Selbstträgerschaft	1.583.010	1.505.010	-78.000	-4,93

**VERBRAUCHERPREISINDEX
FÜR APRIL 2010**
(vorläufiges Ergebnis)

	März 2010 (endgültig)	April 2010 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	109,3	109,6
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	120,9	121,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	127,2	127,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	166,4	166,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	258,6	259,3
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	453,8	455,1
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	578,2	579,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	580,1	581,6

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat April 2010 beträgt 109,6 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für März 2010 um 0,3% gestiegen (März gegenüber Februar 2010: + 1,1%). Gegenüber April 2009 ergibt sich eine Steigerung um 2,0% (März 2010/2009: + 2,0%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck